

Neukölln sagt **Nein** zu TTIP

Bezirksverordnetenversammlung lehnt „Freihandelsabkommen“ ab. BVV-Bericht auf Seite 2



Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONSDISKUSSIONSBLATT · JANUAR/FEBRUAR 2016

Zustände, die zum **Himmel** schreien!

*Alternative: Wohnungen statt Lager.
Die Massenlager für Geflüchtete am Standort
Tempelhofer Flughafen schließen!*

Stadtpolitische Initiativen fordern die sofortige Rücknahme des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Bauverbots auf dem Tempelhofer Feld und die Schließung der Massenlager für Geflüchtete am Standort Tempelhofer Flughafen. Sie erklären: „Der Regierende Bürgermeister Michael Müller will auf dem Tempelhofer Feld seine Massenlagerpolitik auf die Spitze treiben und einen Standort für über 15.000 Geflüchtete einrichten. Die Hangars im Tempelhofer Flughafen sind bereits jetzt die katastrophalsten Flüchtlingsunterkünfte

Berlins. Seit Monaten investiert der Senat vorrangig in teure Massenlager (Messe, Turnhallen, Flugzeughangars, Lagerhallen) unter Missachtung der eigenen Mindeststandards für menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte. Absehbar sind gravierende gesellschaftliche Folgeprobleme einer solchen diskriminierenden Ausgrenzungspolitik mitten in Berlin. Dieser Kurs muss sofort korrigiert werden.“

Ausführliche Informationen auf den Seiten 4 und 5.

Im Schweinsgalopp in den nächsten Krieg

Im Eilverfahren wurde der Syrien-Kriegseinsatz der Bundeswehr von Union und SPD durch den Bundestag gepeitscht. DIE LINKE stimmte geschlossen gegen das Bundeswehrmandat. Ja sagten die Neuköllner Abgeordneten von SPD und CDU.

Lesen Sie Seite 2.

Berlin braucht ein Aufbauprogramm

Die Kürzungspolitik der vergangenen 15 Jahre hat den Menschen in der Stadt geschadet. Es ist Zeit für den Wiederaufbau der Hauptstadt, meint Ruben Lehnert. Nur Reiche können sich eine kaputtgesparte Stadt leisten. Alle anderen nicht. Sie sind auf funktionierende öffentliche Dienste angewiesen.

Lesen Sie Seite 3.

Mindestlohn schleifen?

Der Zustrom von Flüchtlingen ist nicht nur eine Herausforderung, er ist auch eine Gelegenheit. Zum Beispiel für die Vertreter der Unternehmen. Sie fordern eine Aufweichung des Mindestlohns. Geflüchtete sollen sich auch billiger anbieten können. DIE LINKE sagt dazu: Nein!

Lesen Sie Seite 6.

Abriss für höhere Rendite

Der Vorstand der Genossenschaft WBV (Wohnungsbauverein) Neukölln plant den Abriss der Häuser Heidelberger Straße 15-18. Das sind intakte Wohnungen aus den 1960er Jahren. Damit wird preiswerter Wohnraum vernichtet, um Platz für wesentlich teurere Wohnungen zu schaffen.

Lesen Sie Seite 8.



Fotos: Uwe Hilsch

Gemeinsame Kundgebung von Friedensbewegung und Bundestagsfraktion DIE LINKE am 3. Dezember gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien.

Bomben schaffen keinen Frieden

Im Schweinsgalopp in den nächsten Krieg

So schnell ging es noch nie. Im Eilverfahren wurde Anfang Dezember der Syrien-Kriegseinsatz der Bundeswehr von Union und SPD durch den Bundestag gepeitscht.

Bis zu 1.200 Soldaten sollen in den Krieg ziehen. DIE LINKE stimmte geschlossen gegen das Bundeswehrmandat. Zugestimmt haben der in Neukölln direkt gewählte SPD-Abgeordnete Fritz Felgentreu und die über die CDU-Landesliste in den Bundestag gekommene Christina Schwarzer.

Seit der Nacht zum 16. Dezember ist die Bundeswehr nun aktiver Teil des Luftkrieges über dem Irak und Syrien, ohne dass klar wäre, wen die Bundeswehr betankt, und welche Ziele angegriffen werden. „Diese Intransparenz hat System“, erklärt die verteidigungspolitische Sprecherin der LINKEN, Christine Buchholz. So bleibe die konkrete Mitverantwortung im vagen, wenn wieder Unschuldige sterben. Bislang hat die US-ge-

führte Allianz über Syrien und Irak über 31.800 Bomben und Raketen abgefeuert, bei denen laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen in 271 Fällen insgesamt zwischen 1.600 und 2.100 Zivilisten getötet worden seien.

DIE LINKE meint: Die Bekämpfung des Terrors ist ein Vorwand, um geostrategische Interessen zu kaschieren. Die Bundeswehr ist Teil einer Allianz, in der fast ausschließlich die USA und andere NATO-Staaten aktiv Luftangriffe durchführen. Der Einsatz der deutschen Luftwaffe von türkischem Territorium ist auch Teil eines verdeckten Konflikts mit Russland, das seinerseits keine Rücksicht auf die Bevölkerung bei der Bombardierung von Zielen in Syrien nimmt. Der Abschuss eines russischen Bombers durch die türkische Luftwaffe zeigt, wie rasch diese parallelen Bombenkampagnen über Syrien in einen großen Krieg umschlagen können.

KDH



Rüstungsexporte sind eine Ursache, um aus den Kriegsgebieten zu fliehen. Neuköllner LINKE warnten davor auf der Kundgebung am 3. Dezember.

Neukölln sagt Nein zu TTIP

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln zum Jahreswechsel

Seit dem 9. Dezember 2015 gehört Neukölln zu der wachsenden Zahl von Kommunen, die Nein zu TTIP sagen, dem „Freihandelsabkommen“ der EU mit den USA. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der SPD, Grünen, Piraten und LINKEN gegen die Union gefasst.

Es hat lange gedauert, bis sich vor allem in der SPD-Fraktion die Einsicht durchsetzte: Wenn das geheim verhandelte Abkommen in Kraft treten würde, hätte es für Neukölln negative Auswirkungen. Zum Beispiel bei der öffentlichen Auftragsvergabe und bei bezirklichen Kultur- und Bildungseinrichtungen. Die Neuköllner SPD-Fraktion hatte sich zunächst strikt geweigert, sich überhaupt mit TTIP zu beschäftigen, nachdem DIE LINKE im Dezember 2014 eine entsprechende Entschließung eingebracht hatte. Aktionen, Diskussionen und Meinungsäußerungen, zum Beispiel vom Neuköllner DGB, führten zum Umdenken bei den Sozialdemokraten. Zuletzt war es sicherlich die Massendemonstration im Oktober in Berlin und die Übergabe von mehr als drei Millionen Unterschriften gegen TTIP an die EU in Brüssel, die den entsprechenden Druck entwickelte.

Milieuschutz für die Schillerpromenade beschlossen

Der Beschluss zur Einrichtung des ersten Neuköllner Milieuschutzgebietes in der Schillerpromenade war ein Erfolg, auf den DIE LINKE in der BVV in der gesamten Wahlperiode intensiv hingearbeitet hatte. Mit den Milieuschutzsätzen kann Luxusmodernisierung sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Damit soll die angestammte Wohnbevölkerung vor sozialer Vertreibung geschützt werden. Wichtig ist, dass schnellstmöglich am besten der gesamte Neuköllner Norden, unter Schutz gestellt wird.

Sozialämter vor den Kollaps?

Die SPD hatte in der BVV gefragt, ob das Sozialamt wegen des zu er-



Vignette: Franz Zauleck

wartenden Andrangs der Flüchtlinge vor einem Kollaps stehen würde. Was für eine Frage? Wenn das Neuköllner Sozialamt vor dem Kollaps steht, dann liegt das aus Sicht der LINKEN in erster Linie an dem rigorosen Personalabbau der vergangenen Jahre und keinesfalls an Flüchtlingen. Vordringlich wird künftig das JobCenter für die „neuen Neuköllner“ zuständig sein und dort sind 27 neue Stellen vorgesehen. Im Bezirk sollen für die zusätzlichen Aufgaben zehn Stellen geschaffen werden.

Keine Geflüchteten ins leerstehende „Schulschwänzer-Internat“

Das ehemalige „Schulschwänzer-Internat“ am Buckower Damm 176 steht zum größten Teil leer und soll ab 2017 aufwändig in einen Bürokomplex für die Abteilung Gesundheit des Bezirksamtes umgebaut werden. Anstatt in der durch den Zuzug vieler Geflüchteter entstandenen Notsituation in der bezirkseigenen Liegenschaft Familien und andere besonders Schutzbedürftige unterzubringen, lässt die Bezirk die Häuser lieber leer stehen, obwohl sie wegen der vorherigen Internatsnutzung gut geeignet wären. Dort könnte man sehr viel menschenwürdiger Menschen unterbringen, als in Sporthallen oder gar den Hangars des Flughafens Tempelhof. Die Mehrheit von SPD und CDU hat gegen die Stimmen von Grünen, Piraten und LINKEN eine Zwischennutzung verhindert.

RO

Berlin braucht ein Aufbau- programm



Ruben Lehnert vor dem JobCenter Neukölln in der Mainzer Straße.

Die Kürzungspolitik der vergangenen 15 Jahre hat den Menschen in der Stadt geschadet. Es ist Zeit für den Wiederaufbau der Hauptstadt, meint Ruben Lehnert.

Berlin liegt nicht in Trümmern, wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber Politik und Verwaltung sind in einem derartig katastrophalen Zustand, dass das Magazin Der Spiegel von einem „failed state“, einem gescheiterten Staat sprach – ein Begriff, mit dem Somalia und Afghanistan beschrieben werden.

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales, das La-GeSo, steht symbolisch für die falsche Politik Berlins. Die Bilder von geflüchteten Frauen, Männern und Kindern, die tage- und nächtelang im Freien ausharren, um beispielsweise die Erlaubnis für einen Arztbesuch zu erhalten, gehen um die Welt. Doch man muss kein Flüchtling sein, um das Politikversagen in der Hauptstadt hautnah zu erleben.

Die Verlängerung eines Personalausweises zwingt zu einer oft monatelangen Ämtertortur. Ein Lottogewinn ist wahrscheinlicher als ein neuer Mietvertrag für eine bezahlbare Wohnung. In den Krankenhäusern leiden Patienten und Beschäftigte gleichermaßen unter Personalmangel. Die Schulen verfallen.

Parks und Grünanlagen verkommen.

Der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gab im Jahr 2001 die Richtung vor: Er wolle „sparen, bis es quietscht“, kündigte er an. Unter diesem Motto stand die Kahlschlagspolitik der folgenden Jahre. Gespart, bis es quietscht wurde in fast allen Bereichen: bei den Löhnen im öffentlichen Dienst, im Bildungssystem, an Krankenhäusern, bei den Verkehrsbetrieben und Wohnungsgesellschaften. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten summiert sich der Investitionsstau auf rund 3,5 Milliarden Euro. Großzügig waren Wowereit und seine SPD bis heute stets bei Prestigeobjekten: Beim Flughafen BER und der Staatsoper kam und kommt es nicht an auf Millionen und Milliarden Euro – viel Geld, das in anderen Bereichen fehlt.

Nur Reiche können sich eine kaputtgesparte Stadt leisten

Unter den Folgen der rigorosen Kürzungspolitik leiden besonders Menschen, die wenig Geld haben. Reiche Leute residieren in Stadtvielen, schicken ihre Kinder auf Privatschulen und lassen sich im Krank-

heitsfall in Spezialkliniken behandeln. Alle anderen können sich eine kaputtgesparte Stadt nicht leisten: Sie sind auf öffentliche Schulen, auf funktionierende Krankenhäuser, auf bezahlbare Wohnungen und zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen.

Berlin braucht ein milliarden-schweres Aufbauprogramm

Wer das Leben der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt verbessern will, muss nicht nur auf weitere Sozialkürzungen und Privatisierungen verzichten. Es ist Zeit für einen Richtungswechsel: Berlin braucht ein milliarden-schweres Aufbauprogramm. Nicht zuletzt, weil die Stadt gewachsen ist und die Einwohnerzahl weiter ansteigen wird. Die neuen Berlinerinnen und Berliner kommen aus allen Himmelsrichtungen. Für ein gutes Leben in Berlin braucht es eine gute Infrastruktur.

In den nächsten Jahren müssen weit mehr als 100.000 neue, kom-

munale Wohnungen für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen entstehen. In Kitas und Schulen, in Ämtern und Verwaltungen, bei der Feuerwehr und in den Krankenhäusern müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch im Nahverkehr sowie bei der Energie- und Wasserversorgung muss massiv investiert werden.

Keine Frage, all das kostet viel Geld. Weil CDU und SPD im Bund sich weigern, Milliardenvermögen, Konzerngewinne und Erbschaften höher zu besteuern, wird Berlin vermutlich neue Schulden aufnehmen müssen. Doch ein solches Aufbauprogramm ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich das Leben der Menschen in Berlin verbessert.

Ruben Lehnert ist Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE Berlin und war langjähriger Sprecher der Neuköllner LINKEN.

Die Neuköllner LINKE arbeitet derzeit an ihrem Neukölln-Programm. Wer mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei thomas.licher@die-linke-neukoelln.de



Die Kinder und Jugendlichen vom Hangar 3 und 4.

Foto: Katrin Möller

Integration in der Stadt statt Ghettos auf dem Feld

Der Senat will die Notlage der Flüchtlinge nutzen, um seine alten Ziele durchzusetzen und das Tempelhofer Feld zur Bebauung freigeben. Das ist ein Frontalangriff auf die direkte Demokratie.

Nicht einmal zwei Jahre ist es her, dass 740.000 Berlinerinnen und Berliner das Gesetz zur Nichtbebauung des Tempelhofer Felds durchgesetzt haben – gegen den Willen des Senats aus SPD und CDU, der das Feld an Spekulanten verkaufen wollte.

Der Senat hat die Notlage der Flüchtlinge in Berlin zu verantworten.

Tagelang müssen Flüchtlinge vor dem LaGeSo in der Kälte warten, in den Flüchtlingsunterkünften herrschen menschenunwürdige Zustände, teilweise wurde rechtsextrêmes Sicherheitspersonal eingesetzt. In der Not der Flüchtlinge wird nicht nur viel Geld verdient, sondern sie wird von den Verantwortlichen auch herbeigeführt, um Flüchtlinge abzuschrecken nach Berlin zu kommen.

Der SPD-geführte Senat will das Tempelhofer Feld bebauen und dort eine Massenunterkunft für Flüchtlinge errichten. Bis zu 15.000 Men-

schen sollen in den Zelten in den Hangars und in Tragflughallen auf dem Feld unterkommen. Doch jetzt schon sind die Zustände in den Hangars menschenunwürdig: Es fehlt an sanitären Anlagen, an funktionierender Heizung und an Privatsphäre für die Flüchtlinge.

Der Senat hat jahrelang nichts gegen die steigenden Mieten und den Wohnungsmangel in Berlin getan. Dort wo in Berlin gebaut wird, handelt es sich um Luxuswohnungen. Diese Profitmacherei der Immobilienspekulanten wird vom Senat unterstützt.

Es gibt Alternativen für menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen.

Der Senat beschlagnahmt spekulativen Leerstand von privaten Immobilien nicht. Dabei stehen allein 1,3 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer, die schnell in Wohnungen umgewandelt werden könnten. Auch in Neukölln gibt es leerstehende Gebäude, in denen Flüchtlinge besser untergebracht werden könnten. Zudem müssen kommunale Sozialwohnungen neu gebaut werden. Auch dafür gibt es Flächen außerhalb des Feldes, wie zum Beispiel auf dem Gelände der ehemaligen Frauenklinik.

Dem Senat geht es bei der Änderung des THF-Gesetzes nicht um die Unterbringung der Flüchtlinge.

Der Senat will das Ergebnis des Volksentscheides umgehen: Es sollen Bagger auffahren, Kanalisation soll verlegt werden, Zäune sollen gebaut und die Berlinerinnen und Berliner daran gewöhnt werden, dass das Feld zur Bebauung freigegeben wird.

DIE LINKE. Neukölln fordert:

■ Kurzfristig müssen alle geeigneten leerstehenden staatseigenen Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen genutzt werden.

■ Leerstehende private Immobilien müssen umgehend beschlagnahmt und zur Nutzung ertüchtigt werden.

■ Der Senat muss die mehr als 10.000 illegalen privaten Ferienwohnungen heranziehen und ebenfalls zur Vermeidung von Obdachlosigkeit verwenden.

■ Der Senat muss endlich einen neuen sozialen Wohnungsbau auflegen, der seinen Namen verdient.

■ Respekt vor der demokratischen Entscheidung der Berlinerinnen und Berliner: Hände weg vom Tempelhofer Feld!

Alternativen zu Müllers Lagerpolitik

Stadtpolitische Initiativen fordern die sofortige Rücknahme des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Bauverbots auf dem Tempelhofer Feld und die Schließung der Massenlager für Geflüchtete am Standort Tempelhofer Flughafen.

Am 4. Januar veröffentlichten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V., der Flüchtlingsrat Berlin e.V., das Bündnis Neukölln - Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt sowie das Netzwerk Architekten für Architekten und die Initiative plattformnachwuchsarchitekten.de Vorschläge, wie ein Fahrplan „Alternativen zu Massenlagern Jetzt“ aussehen kann. Statt geflüchtete Menschen in Massenlagern zu ghettoisieren, müsse der Senat sofort und vorrangig Maßnahmen ergreifen, mit denen die Flüchtlinge aus den Lagern zumindest vorübergehend in abgeschlossene Wohneinheiten in Gemeinschaftsunterkünften und baldmöglichst dauerhaft in normale Mietwohnungen ziehen können. Tausende Wohnungen könnten sofort und mittelfristig (2-12 Monate) aus dem Bestand verfügbar gemacht werden – „wenn der Senat endlich den politischen Willen dafür aufbringt“.

Zum Tempelhofer Feld erklärten die Initiativen, dass entgegen der Darstellung durch Senator Geisel die Initiative 100% Tempelhofer Feld keine Gespräche mit dem Senat über die Erweiterung des Massenlagers auf dem Tempelhofer Feld geführt hat. „Der Regierende Bürgermeister Michael Müller will auf dem Tempelhofer Feld seine Massenlagerpolitik auf die Spitze treiben und einen Standort für über 15.000 Geflüchtete einrichten.“ Dieser Kurs müsse sofort korrigiert werden.

Die Materialien der Pressekonferenz können Sie hier lesen: www.thf100.de

Bürgerdialog ohne Senat

„Was plant der Senat wirklich auf dem Tempelhofer Feld?“



Fabio Reinhardt (Piraten), Daniel Buchholz (SPD), Georg Classen (Flüchtlingsrat), Oli Klar (100%Thf, Moderation), Susanna Kahlefeld (B90/Die Grünen), Mareike Witt (100%Thf) und Lucia Schnell (DIE LINKE), die am zweiten Teil der Debatte für Katrin Lompscher teilnahm.

Foto: KDH

Die Initiatoren des Volksentscheides luden am 7. Dezember zur Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien und des Flüchtlingsrats in den Heimat-hafen Neukölln.

O bwohl die mehr als 400 Teilnehmenden gern direkt erfahren hätten, was der Senat auf dem Feld plant, ließ dieser sich entschuldigen. Sie folgten dennoch gespannt und teils hitzig den Ausführungen auf dem Podium und mischten sich mit kritischen Fragen und Meinungen in die Debatte ein.

Mareike Witt von 100% Tempelhofer Feld trug die Bedenken der Initiative gegen die geplante Gesetzesänderung vor. Befürchtet wird, dass der Senat die Gunst der Stunde nutzt,

um die ursprünglich geplante Bebauung mit Wohnungen doch noch durchzusetzen. Die bekannt gewordenen Flächen für Flüchtlingsunterkünfte deckten sich mit den Bauabschnitten im Plan von 2014.

Der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz bemühte sich, die Wogen zu glätten: „Ein Volksentscheid ist für mich ein höheres Gut als irgendein vom Parlament beschlossenes Gesetz.“ Dennoch sprach er sich wegen der großen Zahl von Geflüchteten für die Bebauung des Areals aus. Von diesem Argument lies sich das Publikum jedoch nicht beirren: „Es gibt genug leer stehende Immobilien in der Stadt. Der Gesetzesentwurf verfolgt doch eine andere Absicht“, vermutete eine Teilnehmerin.

Spontanen Applaus erhielten die Oppositionspolitiker für ihre Redebeiträge. Katrin Lompscher (DIE LINKE) sprach sich für eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden jenseits von Massenunterkünften aus. Diese Position vertrat auch Georg Classen vom Flüchtlingsrat. Als er das Wort ergriff, um die desaströse Situation in den Hangars des ehemaligen Flughafens zu schildern, verurteilte das Publikum: „Ich frage mich, warum die Senatsverwaltung die Unterkunft noch nicht geschlossen hat. Menschen werden dort wie Tiere zusammengepfercht.“

Moritz Wittler, Sprecher der Neuköllner LINKEN regte an, sich lieber mit den Immobilienspekulanten, die Wohnungen leer stehen lassen, anzu-

legen, anstatt mit den 740.000 Berlinern, die für den Erhalt des Tempelhofer Feldes gestimmt haben.

Das war auch die Antwort auf eine Frau, die am Ende der Veranstaltung Wohnungen zuerst für Deutsche einforderte und sich damit den lautstarken Widerspruch des Moderators Oliver Klar sowie des gesamten Saals einhandelte.

Allein die Ankündigung der Veranstaltung führte zu einem ersten Erfolg. Der Senat lies die Abstimmung über die Gesetzesänderung im Abgeordnetenhaus verschieben. Jedoch, noch keine Entwarnung: Während einer Parlamentsdebatte kündigte der Regierende Bürgermeister Müller an, das Gesetz werde im Januar kommen.

Tony Pohl

Zustände, die zum Himmel schreien!

Thomas Licher machte sich vor Ort in den Tempelhof-Hangars ein Bild

Mit einer Gruppe von Parlamentariern der LINKEN war ich am 8. Dezember in den Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Was ich dort gesehen habe, hat meine schlimmsten Erwartungen übertroffen.

Zu dem Zeitpunkt waren die Hangars 1, 3 und 4 mit jeweils 640 bis 800 Menschen belegt. Von den dort zu dem Zeitpunkt lebenden 2.300 Personen sind etwa ein Drittel Kinder und Jugendliche. Das Land Berlin plant alle weiteren Hangars ebenfalls mit Geflüchteten zu belegen.

Während im ersten Hangar die Menschen in Zelten mit Doppelstockbetten einquartiert sind, werden in Hangar 3 und 4 die Doppelstockbetten nur von Trennelementen, wie sie im Messebau verwendet werden, voneinander geteilt. Unter diesen Bedingungen gibt es kaum eine Möglichkeit für Privatsphäre.

Besonders schlimm sind die hygienischen Verhältnisse. Es fehlen ange-

messene sanitäre Anlagen. Zwar stehen seit Anfang Dezember in Hangar 3 und Hangar 4 einige Sanitär-Zellen mit WC, Dusche und Waschbecken. Wann sie aber an ein Zu- und Abwassersystem sowie die Stromversorgung angeschlossen werden, konnte bei unserem Besuch nicht gesagt werden. Stattdessen werden die Bewohnerinnen und Bewohner zur Körperpflege mit Shuttlebussen zu einem Schwimmbad gefahren. Rein rechnerisch kann jede Bewohnerin und jeder Bewohner nur einmal pro Woche duschen. Die Sanitäranlagen



Foto: Katrin Wittler

des in Fußlaufweite gelegenen Columbiabads können aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht genutzt werden.

Die Toilettenanlagen sind ebenfalls völlig unbefriedigend. Vor den Hangars stehen im Freien ca. 170 Dixi-Klos. Nicht nur Dreck und Gestank, sondern auch winterliche Temperaturen sind ein großes Problem. Die wenigen Handwaschbecken sind ebenfalls draußen und ein Stück weit weg von den Toiletten. Waschmaschinen und Trockner gab es zum Zeitpunkt der Begehung keine. Diese zum Himmel schreienden hygienischen Bedingungen stellen ein großes gesundheitliches Risiko dar.

Während des Besuchs waren mehrere Bewohner mit Krücken unterwegs. Dass die Unterkunft für Kranke oder Behinderte nicht geeignet ist, ergibt sich schon aus den fehlenden Sanitäranlagen. Nach Auskunft der Betreiberfirma können in dieser Unterkunft selbst Schwangere nicht besonders geschützt werden.

Schon bei einer Belegung mit 2.300 Menschen hat es größere Probleme zwischen den Bewohnern und der Betreiberfirma gegeben. Unzureichend qualifizierten Mitarbeiter der Sicherheitsdienste sind bei Konfliktsituationen voraussichtlich überfordert. Es ist kaum auszu-denken, wie die Situation bei der vollen Belegung aller Hangars eskalieren könnte.

Bei der Unterbringung in diesen unzumutbaren Massenquartieren findet sicher keinerlei Integration statt.

Bei dem Besuch in dieser Unterkunft habe ich den Eindruck gewonnen, dass hier von Krieg und Verfolgung betroffene Menschen unter unzumutbaren Bedingungen untergebracht werden, um auf weitere Flüchtlinge abschreckend zu wirken.

Thomas Licher
ist Fraktionsvorsitzender
der LINKEN in der BvV Neukölln

Mindestlohn schleifen?

Michael Schlecht: Flüchtlinge als „neueste Begründung“

Der Zustrom von Flüchtlingen ist nicht nur eine Herausforderung für Europa und Deutschland – er ist auch eine Gelegenheit. Zum Beispiel für die Vertreter der Unternehmen.

Sie fordern eine Aufweichung des Mindestlohns – Geflüchtete sollen sich auch billiger anbieten können, natürlich nur zum Wohle der Armen und Entrechteten. Unterstützt werden die Arbeitgeber dabei von einschlägig bekannten Ökonomen und CDU-Politikern. Mit ihren Forderungen versuchen sie, Lohnabhängige, Ausländer und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen.

Aus dem Unternehmerlager kommt der Vorschlag, für Flüchtlinge Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn zuzulassen. Denn mit 8,50 Euro die Stunde seien die gering qualifizierten Zuwanderer zu teuer für deutsche Unternehmer. Ins gleiche Horn stoßen CDU-Politiker wie Jens Spahn, aber auch der Sachverständigenrat, der die Bundesregierung berät: Die so genannten „Wirtschaftsweisen“ fordern zeitlich begrenzte Ausnahmen vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose

und Flüchtlinge – wobei die zeitliche Begrenzung ziemlich lang ausfällt: 12 Monate. Und der Ökonom Hans Werner Sinn will angesichts der Flüchtlingskrise den Mindestlohn gleich ganz abschaffen, das Renteneintrittsalter erhöhen und eine neue „Agenda 2010“ umsetzen.

Was ist davon zu halten?

Als erstes fällt auf: Jene, die heute Ausnahmen für Flüchtlinge fordern, sind genau die, die schon immer gegen den Mindestlohn waren. Da der Mindestlohn nicht – wie von seinen Gegnern angekündigt – hunderttausende Jobs gekostet hat, suchen sie nun ein neues Argument. Da kommen ihnen die Bürgerkriegsflüchtlinge gerade recht.

Für seine Gegner ist der Mindestlohn zu hoch – dabei wird von dem keiner reich. 1.400 Euro brutto für Vollzeitarbeit, mehr erhält ein Mindestlöhner nicht. Dennoch wollen die Unternehmer ein neues Billig-Segment am deutschen Arbeitsmarkt einrichten – laut eigener Aussage, um die „Integration“ der Zuwanderer zu erleichtern. Das ist zynisch.

Denn erstens würde damit dem Missbrauch durch die Unternehmen Tür und Tor geöffnet. Bereits jetzt gilt

der Mindestlohn nicht für Pflichtpraktikanten, für Auszubildende, für Minderjährige und für Langzeitarbeitslose. Kommen nun auch noch die Geflüchteten dazu, dann entsteht zweitens ein breites Sonderangebot für die Unternehmen, an dem sie sich nach Belieben bedienen können. So werden gerade die Ärmsten auf- und gegeneinander gehetzt.

Dies wäre drittens eine Vorlage für all jene, die in den Geflüchteten schon heute eine Bedrohung für sich sehen. Dabei besteht die Bedrohung in Wahrheit in jenen, die die Flüchtlinge als Hebel benutzen wollen, um Arbeitnehmerrechte zu schwächen. Für die LINKE ist dagegen klar: Ge-

rade angesichts der zusätzlichen Arbeitskräfte braucht Deutschland eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte, um eine haltlose Konkurrenz der Jobsucher zu vermeiden! Außerdem braucht es einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen von mindestens 10 Euro. Das ist gerecht, weil jeder von seinem Einkommen leben können muss. Es ist wahr: Viele der Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen, sind jung und geringer qualifiziert als der Durchschnitt hier zu Lande. Die Lösung für dieses Problem liegt auf der Hand: Qualifikation und Ausbildung. Deutschland braucht keinen wachsenden Sektor mit Armutslöhnen für Hilfsarbeiter. Sondern gut ausgebildete Fachkräfte.

Michael Schlecht ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin (S- und U-Bhf Neukölln).

Kontakt und Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97896139 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE. Neukölln: alle Termine www.die-linke-neukoelln.de



Gemeinsame Mitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln und Tempelhof-Schöneberg
zur Wahl der Bundesparteitage delegierten der beiden Bezirksverbände.
Donnerstag, 14. Januar 2016, um 19 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, (U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz oder Alexanderplatz).

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße
Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasen-

heide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.

Die BO trifft sich an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Rixdorf
Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.

Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin,

BO Reuterkiez
Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im

Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände.

Die BO Reuterkiez trifft sich jeden zweiten und vierten Montag im Monat jeweils von 18 bis 20 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

BO 44

„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischer Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen.

AG Antifaschismus/ Antirassismus

Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/ Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv.
Kontakt: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

AG Hartz IV

Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln.

Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an (siehe oben auf dieser Seite). Die nächsten Termine sind:

13.1., 27.1., 10.2., 24.2., 9.3.2016.

BVV-Fraktion DIE LINKE.

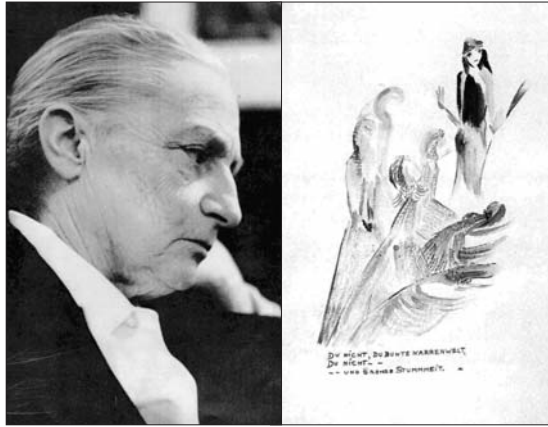
Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen

DIE LINKE in der BVV Neukölln
18.1., 25.1., 15.2., 22.2., 7.3., 14.3.2016.
jeweils um 17.30 Uhr,
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

DU nicht, DU bunte Narrenwelt, DU nicht



Repros: Broschüre von „Hufeisern gegen Rechts“

Dem Leben hinterher. Fluchtorte jüdischer Verfolgter

Eine fotografische Spurensuche in der Neuköllner Galerie Olga Benario.

Zwischen Oktober 1941 und Kriegsende wurden mehr als 56.000 Berliner Juden in die Vernichtungslager und Mordstätten deportiert. Doch mehr als 5.000 entzogen sich der Deportation und rund 1.700 Juden überlebten versteckt die nationalsozialistische Herrschaft in Berlin, viele von ihnen mit Hilfe nicht-jüdischer Helferinnen und Helfer.

Die Ausstellung zeigt einige ausgewählte Orte in Berlin und Umgebung, in denen sich Untergetauchte zu verstecken suchten, darunter in Kirchen- und Werkstattkellern, Gartenlauben und Gutshäusern, Wohnungen und Pensionen.

Die Versteckorte sind alltäglich und erscheinen heute oft harmlos. Erst die begleitenden Texte zu den Fotos erzählen die Geschichten zu den Orten und geben Einblick in den dramatischen Alltag der Verfolgten und ihrer Helferinnen und Helfer.

Die Ausstellung ist vom 14. Januar bis 25. Februar in der Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, in 12043 Berlin zu sehen. Programm-Infos: www.galerie-olga-benario.de

Eine Straße für Margarete Kubicka! In Britz?

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung den Antrag gestellt, eine Straße in Neukölln, wenn möglich in Britz, nach der Künstlerin, Pädagogin und Widerstandskämpferin Margarete Kubicka (1891-1984) zu benennen.

Sie war eine außergewöhnliche Frau: Von 1927 bis 1956 wohnte Margarete Kubicka in Neukölln in der Onkel-Bräsig-Straße 46. Verheiratet mit dem 1934 emigrierten späteren polnischen Widerstandskämpfer Stanislaw Kubicki unterstützte sie 1934 die Flucht ihrer Freundin Zernzl Mühsam und versorgte von 1940 bis 1945 polnische Zwangsarbeiter in Britz mit In-

formationen und Lebensmitteln.

Von 1924 bis 1933 hat Margarete Kubicka als Lehrerin für Kunst und Sport am II. Lyzeum in Neukölln gearbeitet. Nach der Machtübertragung an die Nazis wurde sie nach Tempelhof an die Luise-Henriette-Schule strafversetzt.

Im April 1945 wurde die ausgewiesene Pazifistin und Antifaschistin von der Roten Armee unmittelbar nach der Befreiung von Britz zur ersten Neuköllner Schulrätin ernannt. Später ging sie als Lehrerin zwar nach Tempelhof zurück, blieb aber Neukölln nicht nur durch ihren Wohnsitz verbunden. So zeigte allein zwischen November 1945 und Juni 1946 das Kunstamt Neukölln drei große Ausstellungen mit Werken von Margarete Kubicka.

Der nach dem Krieg von ihr gegründete Britzer Kreis zeigte ihr Bestreben, über Parteigrenzen hinweg ein tolerantes Diskussionsklima zu schaffen, in dem kontroverse Themen zielorientiert ausgetragen werden können. Viele dieser Themen hat sie in ihren Bildern auf Papier und Leinwand gebracht. Als Mitbegründerin einer expressionistischen polnischen Künstlergruppe und einziges weibliches Mitglied hat sie sich immer für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehung eingesetzt.

Die AnwohnerInneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ hat kürzlich eine interessante Broschüre über Leben und Werk Margarete Kubickas vorgelegt.

Ich habe genug ...

Ich habe genug von diesem schwarzen Sommerhimmel, der mich ständig mit seinen Regengüssen vor sich her treibt, von den Halbwahrheiten, die mir Tag und Nacht in den Nachrichten aufgetischt werden, von der Heimlichtuerei um das Freihandelsabkommen. Ja, schon von der Bezeichnung Freihandelsabkommen habe ich genug, weil es ein Knebelvertrag sein wird, der uns unfrei macht, und wenn ich an die Folgen von dem was da durchsickert, denke, habe ich noch mehr genug. Ich habe genug von all den Propagandageschichten, mit denen uns die Medien durch Kriege und Fast-Kriege peitschen, von Vermutungen, die wie Fakten behandelt werden, ich habe genug davon, dass es so gut wie nie um das Menschliche und um das Leid geht, sondern darum, dass wir die Guten sind und die Anderen die Bösen. Ich habe genug davon, dass wir in unserem Bestreben, den „Feind“ zu strafen, am Ende zu unserem eigenen Feind werden.

Am liebsten würde ich ganz laut „Bitte redet doch mit einander“ schreien, so laut, dass sie es auf der ganzen Welt hören. Naiv, ja.

Ich habe total genug von diesen sinnlosen, hoffnungslosen, aussichtslosen Kriegen, die gerne Krisen genannt werden, und die so viele Menschen, die nicht einmal wissen, welche Länder an ihre eigenen Grenzen, dazu animieren, aus sicherer Entfernung gehässige, gemeine, ignorante und menschenverachtende Kommentare abzugeben.

Ich habe genug davon, Vanilleersatz aus Papierabfällen zu essen, Nahrung durch meinen Körper zu jagen, in der sich Mikroplastikteile und künstliche Zusätze befinden, die mich krank machen. Ich habe genug davon, dass Fleisch in den Regalen

liegt, das von malträtierten und mit Antibiotika am Leben erhaltenen Tieren stammt, und ich habe genug davon, dass mir das Aluminium in meinem Deo womöglich Krebs beschert.

Ich habe genug von diesen edlen Shoppingtempeln, in denen Bluttexilien hängen, genäht von Menschen am anderen Ende der Welt, die in bitterster Armut dahin vegetieren oder sterben, weil die Fabrik eingestürzt oder in Flammen aufgegangen ist.

Ich habe genug davon, dass die Einen Geld verdienen, ohne zu arbeiten und die Anderen arbeiten, ohne Geld zu verdienen.

Ich habe genug von meinen eigenen Gedankenpirouetten, die sich ewig im Kreis drehen, von der Beklemmung, die mich befällt, wenn ich an jene denke, die sich als künftige

Weltbeherrscher sehen, ich habe restlos genug von all diesen verantwortungslosen, zynischen, verächtlichen, gesichtslosen, von Macht und Geldgier getriebenen schwarzen Eminenzen, denen ich womöglich über kurz oder lang völlig ausgeliefert sein werde und ich habe genug von dem Vorgeschmack, den ich jetzt schon habe.

Ich habe genug davon, nicht zu wissen, wer von wem gelenkt wird, um mich zu manipulieren, mich zu hintergehen, mich in die falsche Richtung zu treiben, ich habe genug davon, nie sicher zu sein, die Täuschungsmanöver durchschauen zu können. Ich habe genug davon, mich immer wieder von diesem belogenen, betrogenen Mainstream mitreißen zu lassen und mich dann mühsam ans Ufer der Wahrheit kämpfen zu müssen. Und ich habe genug davon, nicht mehr erkennen zu können, was in Wahrheit die Wahrheit ist.

Enes Yesiloz



Neu-Köllnisch

Januar/Februar 2016

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE.

Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:

DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16100708480525607801

Redaktionsschluss: 5.1.2016

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 19.2.2016

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

1/2016

Venezuela – ist die bolivarianische Revolution am Ende?

Die Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN lädt ein zur Informations- und Diskussionsveranstaltung mit

David Wende/Interbrigadas e.V.

Wann? Dienstag, 12. Januar 2016,
um 19 Uhr.

Wo? DIE LINKE Neukölln,
Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

Bezahlbare Wohnungen statt Leerstand und spekulativer Neubau

Über Strategien für günstigen Wohnraum diskutieren:

Caren Lay (Wohnungspolitische Sprecherin DIE LINKE im Bundestag)

Michail Nelken (DIE LINKE und Mieterforum Pankow)

Marlis Fuhrmann (Wohnungspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion DIE LINKE Neukölln)

Wann? Mittwoch, 13. Januar 2016
von 19 bis 21 Uhr

Wo? Im Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, Cigli-Zimmer A 104

Eine Veranstaltung der BVV-Fraktion Die LINKE Neukölln.



Fotos: KDH

Skandal: Diese Häuser, Heidelberger Straße 15-18, sollen abgerissen werden.

Abriss für höhere Rendite

Preisgünstige Wohnungen sollen teuren Neubauten weichen

Der Vorstand der Genossenschaft WBV (Wohnungsbauverein) Neukölln plant den Abriss von intakten Wohnungen aus den 1960er Jahren in der Heidelberger Straße.

Marlis Fuhrmann, Bezirksverordnete der LINKEN: „Die kleinen preiswerten Wohnungen müssen erhalten und modernisiert werden. Durch den massiven Zuzug ist der Bedarf an solchen Wohnungen weiter gestiegen. Ein aufwändiger Neubau, der so auch in Zehlendorf stehen könnte und nicht zu einer Wohnungsgenossenschaft passt, wird in Neukölln nicht gebraucht.“

Der Genossenschaftsvorstand behauptet, dass die Wohnungen nicht mehr sanierbar wären. Das entspricht offenbar nicht den Tatsachen, Häuser gleichen Typs in der Umgebung wurden vor kurzem saniert. Seit Monaten stehen über 50 Wohnungen



An der Seite der Mieter: MIEZE (MieterInitiative zum Erhalt der Heidelberger Str.), Initiative Genossenschaft von unten, MieterEcho, Bündnis bezahlbare Mieten Neukölln, Initiative Karla Pappel.

leer, während Flüchtlinge in Zelten frieren beziehungsweise ärmere Schichten aus den Stadtteilen verdrängt werden. Dazu die parteilose Bezirksverordnete Anne Helm (Piraten-Fraktion), die dem Stadtentwicklungsausschuss angehört: „Gerade jetzt im Winter fehlt tausenden Geflüchteten in Berlin ein Dach über dem Kopf. Dutzende bewohnbare

Wohnungen abzureißen ist in dieser Situation ein fatales und unverantwortliches Signal der Genossenschaft.“

Die Mieterinitiativen befürchten, dass sehr schnell vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, die dann nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Sie fordern vom Vorstand der Genossenschaft WBV Neukölln die Rücknahme des Beschlusses, die Häuser in der Heidelberger Str. 15-18 abzureißen und dort neue, wesentlich teurere Häuser zu errichten. Den bereits unter dem Druck des Vorstandes der WBV Neukölln ausgezogenen Mitgliedern müsse ermöglicht werden, zu den alten Bedingungen in ihre Wohnungen in der Heidelberger Straße zurückkehren zu können. Senat und Bezirksverwaltung werden aufgefordert, die Vernichtung preiswerten Wohnraumes zu verhindern.

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln,
0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln,
0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....